

bruch“ bezeichnet. Und wen ruft man im Falle einer theoretisch legitimen symbolischen Handlung, die einem praktisch leider gerade nicht so recht ins eigene, Alteingesessene verdrängende Privatisierungsgeschehen paßt? Lalulala.

de in „Senatsverwaltung für Stadtentwicklung“ umbenannt, was bedeutet, daß keine Wohnungen mehr gebaut werden, jedenfalls nicht durch den Staat.¹³ Begründung: Der Wohnungsmarkt sei entspannt (Mietspiegel 2009). Das

gen. Doch dank der „ökologischen Wende“ in der Wohnungsbaupolitik ist die Verdrängung der „Unterschichten“ aus den nun „aufgewerteten“ Teilen der Bundeshauptstadt nur noch ein bedauerlicher Nebeneffekt bei der viel wichtigeren Rettung des Weltklimas. Daß



Es geht ein Riß durch eine zerfasende linke Szene, es ist ein Generationenkonflikt, ein Streit zwischen Ost und West, zwischen Leuten, die „Revolution“ für eine Phase in ihrem Leben halten und anderen, die damit mehr verbinden als Kiffen. Baugruppenvertreter finden Gehör bei der taz, um sich links¹⁰ und im Tagespiegel, um sich als bürgerliche Speerspitzen im Kampf gegen „militante Linke“ zu positionieren.¹¹ Ihre Gegner stehen meist vor verschlossenen Türen, die Bündnis-Grünen haben sich längst aus dem Diskurs verabschiedet, während die Linkspartei in Regierungsverantwortung steht und nun jene alten Gefolgsleute linkt, die noch Mieter in Alt-Treptow sind. Gelegentlich hört mal ein Journalist vom Neuen Deutschland zu.¹² Eigentlich müßten sich Mietervertreter und Anti-Gentrifizierer an den Staat wenden, aber von dort ist keine Unterstützung zu erwarten. Die Senatsverwaltung für Bauen und Wohnen wur-

ist er – für Investoren. Für Personen mit geringem Einkommen, Alleinerziehende, Wohngemeinschaften, kleine Angestellte und Arbeiter, bleibt in der Innenstadt kein Raum. Aber sie sind ja auch nicht die „neue Mitte“ und keine Zielgruppe für die ökologische Wende in der Wohnungsbaupolitik. Die eigenen Wohnungen hat das Land Berlin größtenteils an Finanzinvestoren (laut SPD: „Heuschrecken“) verkauft.

Senatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) sieht das gelassen und mit ihr die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales in Berlin unter Carola Bluhm (Die Linke). Wer sich seine Gegend nicht mehr leisten kann, soll doch umziehen: nach Marzahn, Hellersdorf oder gleich in die „national befreiten Zonen“ Brandenburgs. Das ist es, was Arbeitslose oder Hartz-IV-Empfänger auf den für sie zuständigen Ämtern hören, wenn sie über Mieterhöhungen in ihrem Gentrifizierungsumfeld kla-

mensch dabei verschwindet, interessiert in diesem Zusammenhang niemanden, weder seitens der SPD noch Bündnis90/Die Grünen noch der Linkspartei, von CDU oder FDP ganz zu schweigen. Deren Vertreter nehmen die ökologisch verschnörkelte Durchsetzung ihrer eigenen „Sozialpolitik“ durch vormals linke oder grüne Genossen wohlwollend zur Kenntnis. Bei einer so großen Koalition ist es auch völlig egal, wie sich die Betroffenen differenzieren, ob in Ost und West, hetero und schwul. Und was großen Politikern recht ist, kann ihren subventionsgesteuerten Hinterassen nur billig sein: Vom umtriebigen Anti-Gewaltprojekt MANEO war in Sachen Behördengängelung schwuler Männer bei Gentrifizierungsmaßnahmen noch nie etwas zu vernehmen. Bald schon wird es wieder

mehr „soziale Gettos“ (Sabine Hark) geben, bevorzugt am Stadtrand. Man kann sich auch überlegen, mit wem sich nicht wenige Vertriebene politisch verbünden werden, wenn sie von „Linken“ derartig im Stich gelassen wurden.

Absehbar wird mit Alt-Treptow schon bald ein weiteres Viertel im Innenstadtraum klinisch reingespült sein. Nicht, daß die Neuankömmlinge sich dort fühlten wie in Wannsee oder auch Prenzlauer Berg. Nein, mit den „Spießern“ und „Schwabern“ will man doch nichts zu tun haben. Es ist alles so schön hier, so bunt renoviert durch den basisdemokratisch organisierten Gebäudesanierungsbetrieb von nebenan. Man ist unter sich und mit sich im Reinen. Außerdem wäre es falsch, die neuen Anwohner als „Kapitalisten“ zu verunglimpfen. Sind sie nicht führend dabei, wenn es darum geht Großkonzernen wie O2 ans Bein zu pinkeln, indem man deren Pläne von einem Neubaue-

Anmerkungen/Quellen

¹ Im Inforadio Berlin (Montag, 23.11.09) äußerte sich u.a. eine aufgebrachte Dame mit unverkennbar schwäbischem Akzent, sie fürchte, nun würden Verhältnisse wie im jugoslawischen Bürgerkrieg hereinbrechen. Dazu gab es beruhigende Worte des ansonsten eher sprachlosen SPD-Bezirksbürgermeisters Matthias Köhne.

² Dieser schöne Ausdruck wurde erstmals 2007 geprägt, siehe Bionade Biedermeier. In: Zeit-Magazin 08.11.2007, Nr. 46, abzurufen unter <http://www.zeit.de/2007/46/D18-PrenzlauerBerg-46?page=all>

³ Pappeln und Solidarität. In: Der Freitag 06.05.2009, abzurufen unter <http://www.freitag.de/alltag/0919-baugruppe-berlin-karloh-streit>

⁴ Der Name „Bayerische Villa“ bezieht sich auf den aus Passau stammenden Investor.

⁵ Aufwertung in Alt-Treptow. In: MieterEcho Zeitung der Berliner MieterGemeinschaft Nr. 332, 2009, 8.

⁶ Siehe u.a. <http://www.kungerkiez.de/aktuelle-kiez-themen/aktuelle-themen/mietersteigerungen/>

⁷ Siehe die Selbstdarstellung auf <http://www.wohnportal-berlin.de/karlohberlin-treptowwir-sind-jung-juenger-aelter-und-alt-und-lieben-was-hier-moeglich-ist/>

⁸ Siehe ihre Einlassungen in: Pappeln und Solidarität, s.o.

⁹ Pappeln als Symbol gegen Verdrängung. In: taz 18.02.2009, abzurufen unter <http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?ressort=ba&dig=2009%2F02%2F19%2Fa0153&chash=f9b8a93768>

¹⁰ „Im Geiste sind wir Genossen“. Interview mit Christian Schöningh. In: tageszeitung (taz) 20.07.2008, abzurufen unter <http://www.taz.de/regional/berlin/aktuell/artikel/1/im-geiste-sind-wir-genossen/>

¹¹ „Militante Szene nimmt Baugruppen ins Visier. In: Tagespiegel 01.07.2009, abzurufen unter <http://www.tagespiegel.de/berlin/ExtremismusBaugruppen;art270,2836561>

¹² Jörg Meyer: Steigende Mieten und fallende Bäume. In: Neues Deutschland 19.02.2009, abzurufen unter <http://www.kungerkiez.de/aktuelle-kiez-themen/aktuelle-themen/mietersteigerungen/1195.2009-02-18-artikel-neues-deutschland.html>

¹³ Zur Geschichte des Berliner Problems, das es ähnlich auch in vielen weiteren deutschen Großstädten gibt, siehe Joachim Oellerich: Berliner Wohnungspolitik. In: MieterEcho. Zeitung der Berliner MieterGemeinschaft Nr. 335, 2009, 4-8

¹⁴ Götz Aly: Unser Kampf. 1968, Frankfurt/M.: S. Fischer Verlag 2008